

Pressemitteilung

Haushaltsausschuss des Europäischen Parlaments will trotz Brexit nicht sparen

LKR sieht größere Belastungen auf Nettozahlerländer zukommen und hofft auf Vermittlungsrunden

Brüssel, 22. Februar 2018 – Mangelnden Willen, alte Zöpfe abzuschneiden, beklagt der EU-Haushaltspolitiker Bernd Kölmel (LKR) mit Blick auf den Vorschlag des Europäischen Parlaments, die Beiträge der EU-Mitgliedstaaten zum zukünftigen mittelfristigen Finanzrahmen (MFR) auf 1,3 Prozent des EU-Bruttonationaleinkommens (BNE) zu erhöhen. Der Haushaltsausschuss will zukünftig deutlich mehr Geld für die Europäische Union, als die von Haushaltskommissar Günther Oettinger vorgeschlagenen 1,1 Prozent plus x. Bernd Kölmel von den Liberal-Konservativen Reformern (LKR - die Eurokritiker) befürchtet, dass Bürger in Nettozahlerländern wenig Verständnis haben werden. Der Haushaltspolitische Sprecher der EKR-Fraktion sprach sich gegen eine Erhöhung der Beiträge und für eine Konzentration der nach dem Brexit verbleibenden Mittel auf besonders drängende Zukunftsthemen aus. Dazu zählt er die Bewältigung der Migrationskrise, die Stärkung der Terrorabwehr und inneren Sicherheit sowie Investitionen in Forschung, Innovationsförderung und EU-übergreifende Infrastrukturprojekte. Kölmel hofft nun auf Mäßigung in den anstehenden Verhandlungsrunden.

Bernd Kölmel sagte:

„Es fehlen überzeugende Visionen, wie die EU die großen anstehenden Herausforderungen bewältigen will. Erst wenn überzeugende Gesamtkonzepte wie etwa zur Bewältigung der Migrationskrise vorliegen würden, sollte über eine substantielle Erhöhung der Beiträge aus den EU-Mitgliedstaaten gesprochen werden, dann auch gerne über die vom Europaparlament geforderten 1,3 Prozent hinaus.“

„Ich hoffe darauf, dass in den noch anstehenden Vermittlungsrunden der geforderte Beitrag der Mitgliedsländer deutlich verringert wird. Mehrere Nettozahlerländer haben bereits erkennen lassen, dass sie nicht willens sind, größere Belastungen zu tragen. Ich warne auch davor, Länder, die sich gegen Beitragserhöhungen ausgesprochen haben, als unsolidarisch zu diskreditieren. Es sollte auch anerkannt werden, dass das Geld erst einmal erwirtschaftet werden muss.“

„Es ist richtig, dass wir mehr Projekte mit echtem europäischem Mehrwert fördern. Dazu gehören Forschung, Innovation, aber auch grenzüberschreitende Infrastrukturprojekte.“

Landwirtschaft und Kohäsionspolitik sehe ich für die Zukunft vor allem in der Verantwortung der Mitgliedsstaaten. Hier sollte die EU noch mehr Mittel kürzen.

Pressekontakt:

Michael Strauss

Pressesprecher der deutschen Delegation der EKR-Fraktion

+32 470 88 23 48

michael.strauss@europarl.europa.eu